

Bezugspreis
monatlich 1.
in der Geschäftsstelle 1500.—
in den Ausgabestellen 1600.—
durch Zeitungsboten 1700.—
am Postamt 2000.—
ins Ausland 900 deutsche M.

Fernvorderer:
2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint
an allen Werktagen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 80.— M.
Reklameteil 240.— M.

für Aufträge f. Millimeterzeile im Anzeigenteil 40.— d. M.
aus Deutschland | Reklameteil 120.— d. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsförderung oder Ausübung hat der Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugsbereises.

Die polnische Linke.

Die polnische Volkspartei zerfällt in drei Gruppen: Piast, Wyzwolenie und Stapiński. Die stärkste war ursprünglich die Wyzwolenie (Vereinigung) Gruppe. Ihre Mitglieder sind die Bauern Kongress-Polen, wo ihre 62 Abgeordneten des alten Sejm gewählt wurden. Ihr Führer ist Thugut, erster Minister des Innern Polens, der im ersten Sejm übrigens nicht Abgeordneter war, jetzt aber gewählt ist. Die galizische Gruppe der Volkspartei sind die Piasten, die 44 Männer stark in den Sejm einzogen, später auf 52 stiegen und die dann nach einer Trennung der beiden Gruppen, die sich im Oktober 1919 zu einer Fraktion mit 109 Abgeordneten zu ammen gelassen hatten, als die stärkere Gruppe mit 90 Abgeordneten aus der Spaltung hervorgingen. Führer der Piasten ist Witos, der Nachfolger Paderewski im Ministerpräsidium, ein jetzt 49 Jahre alter Bauer aus der Gegend von Tarnow. Schon seit 1916 war er Vorsitzender seiner Partei. Sein Vorgänger in die Amt war Stapiński, ehemals Mitglied des österreichischen Parlaments, Redakteur eines landwirtschaftlichen Blattes, selbst Landwirt. Er gründete, als Witos Führer der galizischen Bauern wurde, die linke polnische Volkspartei, die meistens Stapiński-Gruppe heißt und mit elf Abgeordneten in den Sejm einzog. Alle drei Gruppen der Volkspartei, nationalistisch nicht ganz so scharf eingestellt wie die nationaldemokratischen Parteien, sind innerpolitisch demokratisch, scharfe Gegner des Großgrundbesitzes; sie sind die eigentlichen Väter des Agrarreformes. Seinvertreterstaat für dieses Gesetz war der Führer des linken Flügels der Piastpartei, der Abgeordnete Dąbrowski, Chefredakteur eines der Hauptblätter der Partei, des "Kurier Lwowski", stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Ihm besonders wird jetzt von der Presse der Vorwurf gemacht, daß er bei der Staatspräsidentenwahl den Umfall der Partei zur Rechten verhindert habe. Dabei mag noch bemerket werden, daß die Piasten die der Rechten am nächsten stehende der drei Gruppen der Volkspartei sind.

In der äußeren Politik stehen die Volkspartei der französischen Einstellung der Führung der polnischen Staatsgeschäfte mit Bedenken gegenüber, haben ihre immer schärfere Beurteilung aber nicht hindern können, auch nicht mit Energie hindern wollen. Immerhin vergessen sie nicht, daß es ein Russland gibt, mit dem Polen, wenn es leben will, zu einem verträglichen Ausgleich kommen muß, und sie sind schließlich, wenn auch ziemlich matte Befürworter einer wenigstens wirtschaftlichen Verständigung mit Deutschland.

Gleich angefügt werden mag hier eine Absplitterung der Wyzwolenie-Gruppe der Volkspartei: die radikale Bauernpartei Oko, so genannt nach ihrem Gründer, dem Geistlichen Olów, der auf die Wyzwolenisten in dem südostpolnischen Wahlkreis Tarnobrzeg gewählt wurde, im Sejm aber einziges Mitglied seiner "Partei" blieb.

Wie die Nationale Arbeiterpartei sich in der inneren und äußeren Politik einstellt, ist bekannt. Es muß aber immer wieder betont werden, daß der Nachdruck auf dem Wort "national" ihres Namens liegt. Die Summen, die bei der Wahl des Staatspräsidenten am 9. Dezember 1922 über den Beifall der Abgeordneten der Chjena hinaus für ihren Kandidaten, den Grafen Zamysłowski, abgegeben wurden, stammten von Abgeordneten der nationalen Arbeiterpartei, die von allen Linksparteien die am meisten zur Rechten hinneigende Partei ist. Ihr Mitgliederbestand im Sejm war starken Schwankungen unterworfen; ursprünglich waren es 17, nach den Posener Wahlen 32, Ende 1919 infolge Austritts der in Posen von ihr auf die nationale Gemeinschaftsliste gewählten, dann zur Christlichen Demokratie übergetretenen Mitglieder 13, schließlich am Ende der Sejmtagung 22. Hauptorgan der Partei ist die Posener "Pravda", in Oberösterreich der "Polak". Zur Partei, deren gewerkschaftliche Organisation die Polnische Berufsvereinigung ist, gehören nicht nur Arbeiter, sondern viele Angehörige der sogenannten Intelligenz, die allerdings bei den Wahlen im November 1922 zum größten Teil zur Chjena abgeschrwenkt sind. Die Partei hat noch eine aus der Zeit der "Fremdherrschaft" stammende Überlieferung. Sie war mit der Nationaldemokratie die Trägerin des nationalen Gedankens.

Über die polnische sozialistische Partei braucht nichts geagt zu werden, als daß sie zunächst und zuvor der Polnischen Nationalpartei ist, in den alten Sejm mit 32 Mitgliedern einzog, bei den Nachwahlen in Posen gegen die vereinigten nationalen Parteien leer ausging, dann aus Teichen einen Anwachs von drei Mann erhielt, später einen Abgeordneten, der sich als einziger Kommunist aufstellte, verlor, so daß sie zuletzt 34 Abgeordnete hatte. Bekannte Mitglieder der Partei sind der Fraktionsvorsitzende, der Warschauer Dąbrowski, der als Wirtschaftsachmann bekannte Dr. Diamant, der erste polnische Ministerpräsident Moraczewski. Dadurch, daß die Partei Juden als Mitglieder annimmt, glaubt sie der Vorschrift des internationalen Charakters der sozialistischen Parteien Genüge getan zu haben; das ist aber auch ihr einziges Zugeständnis in dieser Richtung. Hauptorgan ist der "Robotnik" in Warschau, daneben der Krakauer "Naprzód" und die Katowizer "Gazeta Robotnicza".

Okzistenversammlungen in Polen.

Der Posener "Westmarkenverband" hatte für den letzten Sonntag drei Manifestationsversammlungen: nach dem Kino Apollo, dem Zoologischen Garten und dem Gemeindesaal auf der Schodka einberufen, um, wie es heißt, die breite Öffentlichkeit mit den Zielen des Verbandes bekannt zu machen. Im Kino Apollo sprach als erster Programmredner der Abg. Dr. Kozicki. Er wies zunächst auf den "traditionellen" Drang der Deutschen nach dem Osten hin und warnte davor, sich der Täuschung hinzugeben, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Grenzen für immer feststehen; denn die Erfahrung aus der Vergangenheit hätte gelehrt, daß die Grenzen zwischen zwei Staaten Wechseln unterworfen seien. Daraus und aus dem weiter bestehenden deutschen "Ansturm" schließt Dr. Kozicki auf die Notwendigkeit, daß Polen genügend stark sein müsse, um diesen "Ansturm" zu parieren. Allerdings gibt der Redner zu, daß Deutschland heute schwach, also auch nicht so gefährlich sei. Weiter aber sagte er: "Aber sie haben den Gedanken an die Vergeltung nicht aufzugeben. Darauf weisen Presse und Literatur und die deutsche Politik hin. Das deutsche Kaiserreich ist von Preußen aufgerichtet worden, und die Politik Preußens stützte sich auf den Besitz von Westpolen: Schlesien, Polen, Pommern und Danzig. Deshalb verfolgen die deutschen Patrioten, wenn sie an die Wiederaufrichtung der deutschen Macht denken, die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen im Osten. Polen aber kann ohne einen Zugang zum Meer und ohne die schlesische Kohle nicht bestehen. Durch die Erhaltung der Westgebiete bei Polen ist die Existenz des polnischen Reiches bedingt. Daher die gesichtliche Konflikt zwischen Preußen und Polen, der schon ganze Jahrhunderte dauert und noch nicht beendet ist. Daher die Notwendigkeit für den polnischen Staat, mächtig daustehen und sich zum Schutz vor dem deutschen "Druck" vorzubereiten. Der Schutz unserer Westgrenze ist vor allem die Aufgabe des Staates, dem diplomatische und strategische Mittel zur Verfügung stehen. Aber dieser Schutz genügt nicht — es ist nötig, daß auch die polnische Bevölkerung daran teilnimmt, besonders die der gefährdeten Gebiete. Zum Zweck der Anfeuerung der Gemüter erinnert der Redner daran, daß die deutsche Bevölkerung mit der deutschen Regierung in ihrer Germanisierungspolitik zusammengearbeitet habe, daß neben den Regierungsinstituten Bürgerorganisationen

entstanden seien, die das Polentum bekämpft hätten. "Die Deutschen taten es, um ein fremdes Land an sich zu reißen; um so mehr müßten wir dasselbe zum Schutz des eigenen Bodens tun."

Zum Schluß streifte Dr. Kozicki die Entstehung des Westmarkenverbands und wandte sich an die Versammlungen mit der Bitte, sich als Mitglieder des Okzistenverbandes einschreiben zu lassen und seine Tätigkeit materiell und durch Mitarbeit zu unterstützen.

Nach Dr. Kozicki ergriß der Direktor der Okzisten, Kozicki, zu sehr bewerbswerten Ausführungen das Wort. Er sagte: "Wir haben den besten Augenblick, unser nationalen Besitzstand in den Westmarken zu verantern, als nach der Niederlage Deutschlands unter den hiesigen Deutschen eine große Verwirrung entstand, verschlagen. Wenn wir damals die erforderliche Organisation gehabt hätten, dann hätte der Augenblick trefflich ausgenutzt werden können. Die Deutschen sind dann wieder zu sich gesommen und haben beschlossen, auf ihrem Posten zu verharren. Zur Stärkung der deutschen Widerstandskraft ist dann der "Deutschumsbund" entstanden, der alle Deutschen, sogar die aus Kongresspolen und den Ostgrenzgebieten, vereinigte, die man schon assimiliert glaubte. Die Arbeit an der Fundierung des Polentums ist dadurch erschwert. Das Lösungswort rücksichtslosen Widerstandes gab der Deutschumsbund auch denjenigen Ansiedlern, deren Besitz wir zu liquidieren ohne weiteres auf Grund des Versailler Vertrages das Recht haben, und denjenigen, die auf sogenannten Annulationsansiedlungen sitzen. Allein im ersten Falle handelt es sich um eine Million Morgen Land im Posenschen und in Pommern." Der Redner kam dann im Zusammenhang damit auf die Eingaben an den Volksbund zu sprechen und knüpft daran die Behauptung, daß die politische und kulturelle Tätigkeit des Deutschumsbundes die polnischen Interessen gefährdet. Die deutsche Hauptorganisation sei geradezu der Sammelpunkt von Verschwörungen und Intrigen, die ihre Quelle und ihre materielle Unterstützung in Berlin hätten. Dieser Arbeit, die besonders für die Westmarken so gefährlich sei, müßten alle organisatorischen Kräfte entgegenstellt werden."

In der Versammlung im Zoologischen Garten sprach u. a. Geistl. Piotrowski. Seine Ausführungen bewegten sich in demselben Fahrwasser. Auch hier wieder Germanisierung, Wiedervergeltung, ständiger Kontakt mit Berlin usw.

Die Konferenz der polnischen Finanzminister.

Die "Gazeta Warszawska" gibt den Wortlaut der von der Finanzministerkonferenz beschlossenen Thesen wieder. Der Haushaltsteil umfaßt folgende 16 Thesen:

1. Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Staatsunternehmen dadurch, daß sie auf den Grundlagen der privaten Unternehmungen geleitet werden. Gegebenenfalls sollen sie verpachtet oder verkauft werden.

2. Entlastung des Staates durch Überweisung vieler seiner jetzigen Verpflichtungen an die Selbstverwaltungen (Bege, Krankenhäuser, Volkschulen usw.).

3. Aufhebung entbehrlicher Behörden und Ämter, Vereinigung von Ortsverwaltungsbüroen in ein einziges Amt unter einem Oberhaupt; beträchtliche Herabsetzung der Zahl der Staatsfunktionäre.

4. Zur Leitung der Sparaktion mit besserem Ergebnis soll ein Organ aus einer Person berufen werden, das die Vollmacht sofortiger Executive haben soll.

5. Unterlassung neuer Investitionen.

6. Beträchtliche Herabsetzung der Heeresausgaben und unverzüglich Absonderung des Eisenbahnhauptsatzes aus dem Staatsbudget.

7. Verböckung des Tabakmonopols.

8. Die Feststellung, daß die gegenwärtigen Budgetausgaben durch keine öffentlichen Dämmen auszugleichen werden.

9. Steigerung der öffentlichen Abgaben auf die Vorkriegshöhe und Vergrößerung ihrer Sähe nach Maßgabe des Marktpreises.

10. Übergabe des Spiritushandelmonopols an Sonderorganisationen, Steigerung der Zollsätze im Verhältnis zum Sturz der Mark, Revision des Zolltariffs, Bildung eines Zollrates, Hebung der Leistungsfähigkeit der Finanzbehörden, des Steuerdienstes und Vereinfachung der Finanzgebühren.

11. Aufrechterhaltung der Progression in den Einkommen- und Vermögenssteuern.

12. Die Feststellung, daß ein reales Budget vor Sanierung der Mark sich nicht aufstellen läßt.

13. Die Feststellung, daß die Durchführung des diesjährigen Budgets eine beträchtliche Vermehrung der Emission erfordert wird.

14. Die Herabhebung der Notwendigkeit, die Investitionsausgaben zu partikularisieren.

15. Auf Auslands- und Inlandsanleihen kann vor Sanierung des Budgets nicht gerechnet werden.

16. Die Ausgleichung des Budgets erfordert die Erhöhung bestimmter Abgaben sogar über die Vorkriegsnorm hinaus.

Im Abschnitt "Selbstverwaltung" wird gefordert, daß die degradierten Defizite der Kommunen durch Zuschläge zu den Staatssteuern und nicht durch Subsidien aus dem Staatshaushalt gedeckt werden sollen.

Der Wirtschaftsteil enthält drei Thesen: 1. Anpassung einer Reihe von Gesetzen an die wirtschaftlichen Bedürfnisse (Arbeitszeit, Feiertage, Mieterhöhung, Agrarreform); 2. Regelung der Ein- und Ausfuhr durch Zölle und Abgaben; 3. Aufgeben der Kreditlinien aus dem Staatsbudget.

Im Handels- und Gewerbeabschnitt sind ebenfalls drei Thesen: 1. Die Stabilisierung der Mark ist erst nach erreichtem Gleichgewicht im Budget möglich. 2. Der Übergang zu einer anderen Valuta ist zurzeit erfährt. 3. Sanierung der Wirtschaft durch Verminderung der Ausgaben und Vermehrung der Eintümme, Hebung der Prudenz und Verminderung des Verbrauchs.

Der letzte Teil, der die politischen Garantien betrifft, sieht die Notwendigkeit vor, die angenommenen Thesen in den Rahmen des Gesetzes zu fassen und einen Finanzsanierungstat zur Annahme der Gesetze zu bilde.

Das neue Kabinett

wird sich dem Sejm erst in der Freitagsitzung vorstellen, da der Finanzminister erst zwei Tage vor der ersten Sejmssitzung des neuen Jahres ernannt wurde und es unmöglich ist, den finanzpolitischen Teil der Programmrede des Ministerpräsidenten in Übereinstimmung mit ihm in dieser kurzen Zeit mit der erforderlichen Gründlichkeit und Sachlichkeit auszuarbeiten.

Aus dem Sejm.

Eine Montagabendmeldung des Warschauer Sonderberichterstatters des "Pos. Tagebl." lautete: In einzelnen Sejmklubs herrscht schon rege Tätigkeit. Fast alle Parteien haben auf morgen Vormittag, vor Eröffnung der Sitzung, Sitzungen angelegt. Auch einzelne Ausschüsse wie der Rechtsausschuß, der Finanzausschuß, der Ausschluß für auswärtige Angelegenheiten und der Ausschluß zum Kampf gegen die Teuerung treten am Dienstag vormittag zusammen. Ob der Außenminister Skrzynski schon am Dienstag seine angekündigte Erklärung abgeben wird, ist noch fraglich. Es verlautet, daß er erst in der nächsten Sejmssitzung, die am Mittwoch stattfinden soll, sprechen wird. Zur Tagesordnung der ersten Sejmssitzung ist noch hinzugekommen ein Dringlichkeitsantrag des Abg. Gdyk (Nat. Arb.-Partei) über Maßnahmen gegen die durchbare Teuerung.

Die nächste Senatsitzung

findet am Sonnabend, den 20. Januar um 11 Uhr vormittags statt. Vorläufig keine Einführung von Metallmünzen.

Der "Kurier Cerm." tritt den Gerüchten von der bevorstehenden Einführung von Metallmünzen entgegen. Ursprünglich hätte zwar eine solche Absicht bestanden, sie sei jedoch vorläufig in Anbetracht der starken Erweiterung der Mark ausgegeben worden.

Die Einführung der Polenmark in Oberschlesien.

In Katowitz begannen Beratungen über die Einführung der polnischen Mark als eines geistlichen Zahlungsmittels in Oberschlesien. An den Beratungen nahmen Vertreter des Finanzministeriums, der Wojewodschaft, der Industriellen und der landwirtschaftlichen Organisationen teil.

Eine Erklärung des Außenministers

über den litauischen Handstreich.

Am Sonnabend mittag wurden der französische Gesandte, der englische, der italienische und der Vertreter des japanischen Gesandtschafts zum Außenminister Skrzynski geladen. Der Minister gab eine Erklärung über die Stellungnahme der polnischen Regierung zum litauischen Handstreich ab.

Von der Katowicer Industrieausstellung.

Wie die Ostagentur (Agencia Wschodnia) erzählt, wird bei der Schlesischen Industrie-Ausstellung, die am 28. d. M. beginnen soll, der Berg- und Hüttenmännische Verein einen Ausstellungsräum von 100 Quadratmetern einnehmen und darin im kleinen sämtliche Bergwerks- und Hüttenarbeiten ausstellen, daneben solche verschiedener zu diesem Verein gehörende Handwerker-Unternehmungen, die keinen eigenen Kiosk haben werden. In den letzten Tagen hat man eine intensive Arbeit zur Messe begonnen. Ein Teil des Ausstellungspersonals ist aus Warschau in Katowitz eingetroffen und bereitet die Lokale, die Quartiere und die Transporte der Aussteller vor. Auf die in den Zeitungen erfolgte Aufforderung, möblierte Zimmer zu Verfügung zu stellen, sind leider so wenige Anmeldungen erfolgt, daß 40 Prozent der benötigten Wohnungen noch fehlen. Die Ausstellungsgesellschaft bemüht sich, den Präsidenten Wojciechowski zum Besuch der Katowicer Ausstellung zu gewinnen. In den nächsten Tagen begibt sich aus diesem Grunde eine Spezialdelegation nach Warschau. Großes Interesse für die Ausstellung haben, wie die A. W. als französisches Institut ja wissen müssen, französische Industriefirmen gezeigt, die Vertreter nach hier schicken, um die Bitte zu unterbreiten, man möchte ihren Firmen Räume bei der Ausstellung überlassen.

Der Vormarsch der Sieger im Frieden.

Der Stadtkreis Buer

wurde am Sonnabend nachmittag mit vier Schwadronen französischer Kavallerie besetzt. In dem genannten Kreis befinden sich die fiskalischen Bergwerke „Bergmannsglück“, „Westerholz“ und „Scholzen“. Auch im Süden bemerkte man eine lebhafte militärische Bewegung. So zogen von Werden aus große Truppenmengen Kavallerie, Artillerie und Maschinengewehroberstufen über Kupferdreh in der Richtung nach Hattingen, wo sie in nächster Nähe der Stadt Quartier bezogen.

Bom Vormarsch der Franzosen auf

Bochum

melbten die Berliner Blätter am Sonntag:

Die bisher in Steele an der Ruhr stationierten französischen Truppen sind in der Richtung auf Werden, Kupferdreh, Niederwenigen abgerückt und haben im und beim Amishause Hattingen Nachquartier bezogen. Aus Gelsenkirchen verlautet, daß die Hauptstädte nach Norden abgeschwenkt seien. Vermutlich soll Bochum in weitem Bogen umfassen werden. — Der Bischof von Paderborn hat angeordnet, daß am Sonntag von 12 bis 1 Uhr mittags in allen katholischen Kirchen Trauermessen stattfinden.

„Sehr zufrüdenstellende Mitteilungen“

machten nach dem amtlichen französischen Bericht am Sonnabend im französischen Ministerrat der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten — nämlich „sehr zufrüdenstellende Mitteilungen über die Installation der Ingénieurs im Ruhrgebiet und über die Unterhaltung mit den Industriellen“. Der Bericht des Generalinspekteurs der Bergwerke Coote röhmt den guten Willen der Leiter des Stahlverbandes und die verdünliche Haltung der Arbeiter.“

Zusammenstöße in Steele.

In Steele ist es zwischen der Besatzung und der Bevölkerung zu Zusammenstößen gekommen. Der Bürgermeister der Stadt mußte sich deswegen beim Kommandanten der Truppen verantworten. In einem Anschlag gibt er davon Kenntnis. Er ermahnt die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung zu bewahren und vor allen Dingen jede Unbesonnenheit zu vermeiden.

Gelsenkirchen—Bismarck besetzt.

Nach dem Gelsenkirchener Hafen ist auch Gelsenkirchen—Bismarck besetzt worden. In Gelsenkirchen selbst sind zahlreich Kavallerieschwadronen eingezogen.

Weiterer Vormarsch im Ruhrgebiet.

Im Laufe des Sonntags zogen die Truppen, die Buer und Borsig besetzt hatten, ihre Bagage nach. Die Franzosen befestigen weiter sämtliche Ortschaften westlich von Hattingen so, daß dieser wichtige Industrieort genau wie Gelsenkirchen eingeschlossen ist. Eine völlige Besetzung von Gelsenkirchen, Bochum und Hattingen ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Im Landkreis Essen sind die Truppen durch neue Nachschubung verstärkt worden; in der Bürgermeisterei Stukenberg, einer Ortschaft, die fast nur aus Bergarbeitern besteht, liegen etwa 7000 Franzosen nebst 4 Stäben.

Auch Dortmund und Barmen sollen besetzt werden.

„Journal“ erfährt, wegen des Verhaltens des Kohlensyndikats würde die militärische Besetzung weiter in Richtung Dortmund und Barmen ausgedehnt werden. Es sei sogar wahrscheinlich, daß auch diese zwei Städte besetzt würden. Ein weiteres Argument, das zugunsten Frankreichs benutzt werden könnte, findet das Blatt in der Ertziehung der deutschen Währung durch eine andere. Die französische Finanzverwaltung studierte augenblicklich

die Frage der Ausgabe eines neuen Geldes, das man wahrscheinlich Taler nennen würde und dessen Kaufkraft zwar nicht die des französischen Franken erreichen, aber doch die der deutschen Mark wesentlich überfließen werde. Kombiniert mit der Einrichtung von Lebensmittelverkäufen werde diese Maßnahme eine wesentliche Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter herbeiführen aus der die französische Sache nur Nutzen ziehen könne. Auf alle Fälle steht jetzt schon fest, daß die „ernste, aber notwendige Maßnahme“, die man ergriffen habe, nicht nur eine starke moralische Wirkung ausübe, sondern auch ein wesentliches Ergebnis zeigen werde.

Die Einstellung der Reparationskohlenlieferungen

hat, wie „Agence Havas“ meldet, den französischen Kommissar der interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, veranlaßt gemeinsam mit seinem belgischen Kollegen zu bestimmen, daß die deutsche Auseinandersetzung mit den Beamten im befreiten Gebiet nicht auszuführen sei, da sie der Rheinlandkommission nicht zur Genehmigung vorgelegen habe. Die Beamten, die der deutschen Auseinandersetzung entsprechen sollten, würden infolgedessen in alle durch die Ordonnanz der Rheinlandkommission vorbereiteten Verwaltungs- und gerichtlichen Säften genommen werden. Dazu wird dem B. L. B. von unterrichteter Seite mitgeteilt: Herr Tirard, das französische Mitglied der interalliierten Rheinlandkommission, kann weder allein noch zusammen mit seinem belgischen Kollegen irgendwelche Maßnahmen treffen. Dies steht nur der interalliierten Rheinlandkommission zu, aber nur für den Bereich des gemäß dem Vertrage von Versailles befreiten Gebiets und nur soweit dies die Sicherheit, die Bedürfnisse und der Unterhalt der Besatzungstruppe erfordern. Die Reparationskohlen sollen aber nach Frankreich abtransportiert werden. Es bedarf also keines Vertrages, daß ihre Lieferung nicht für die Sicherheit, die Bedürfnisse oder den Unterhalt der Besatzungstruppen notwendig ist. Eine vorläufige Anordnung würde daher in dreifacher Hinsicht eine Nebenzersetzung der Besitzungen bedeuten: in territorialer Hinsicht, weil weder das Anhänger noch der Brüderlospf Düsseldorf zum Machtbereich der interalliierten Rheinlandkommission gehören, formelt, weil nur eine Periode des französischen und belgischen Mitglieds der interalliierten Rheinlandkommission vorliege, kein Vertrag des Konsenses selbst, materiell, weil die Forderung von Kohlenlieferungen an Frankreich nicht zum Aufgabenkreis der interalliierten Rheinlandkommission gehört.

Ausschaltung der deutschen Polizei.

Wie aus Essen gemeldet wird, erließ General Tournier, der Kommandeur der 218. Division, eine Verordnung, in der es u. a. heißt: „Die deutsche Polizei des unbefreiten Gebietes hat nicht das Recht, Amtshandlungen im besetzten Gebiet vorzunehmen. Militärverbände der unbefreiten Zone dürfen nicht ohne Erlaubnis das besetzte Gebiet betreten. Versammlungen bedürfen der Genehmigung. Die Erlaubnis ist schriftlich durch die deutschen Behörden beim Divisionskommandeur einzurichten. Die Polizeistunde im Nahgebiet ist auf 12 Uhr nachts. Sonnabends und Sonntags bis 1 Uhr nachts. Öffentliche Aufzüge die militärischen Charakter (?) haben, besonders mit Trommeln (!) und in Uniform (!) sind gründlich untersagt. Waffen scheinen erlaubt nur der Divisionskommandeur. In allen Geschäften sind Preistafeln anzubringen. Den Franzosen darf nichts teurer verkauft werden als den Deutschen. Insbesondere darf keine Luxusware erhoben werden. Vergeben gegen diese Verordnung werden nach den Militärgeisen bestraft.“

Die Trauermessen im Reich.

Während die Engländer die Trauermessen gestattet haben, wie aus Lachen gemeldet wird, die belgische Besatzungsbehörde jedes Halbmastflaggen und jede Trauermesse verboten.

Italienische Pressestimmen.

Das offizielle „Giornale di Roma“ betont, wie sowohl auf deutscher, als auch französischer (?) Seite läbliche Zurückhaltung beobachtet werde, um die Lage nicht noch mehr zu verschärfen. Die Aufrégung des deutschen Volkes sowie die Zwischenfälle in Essen (?) seien begreiflich. Was Italien betrifft, so erkläre es offen, daß es, den französischen Militärtaktiken nicht zu stimmen. Die Entsendung italienischer Ingenieure sei nur erfolgt, um die Kohlenlieferungen zu überwachen. Die gleichfalls offizielle „Gazzetta del Polo“ sagt dasselbe, fügt aber hinzu, Italien könnte die französische Aktion doch nicht aufhalten und nicht etwa einen Krieg mit Frankreich im einzigen Interesse Deutschlands riskieren (?), wo doch das begüllig der Muhr mit Frankreich weit uneinigere England sich hütet, einen solchen Fehler zu begehen. Italien sei den italienischen Siegerzähern schuldig, auf Bezahlung der Reparationen zu dringen. Nur darum schide es seine Ingenieure und demnächst auch Soldaten nach dem Ruhrgebiet. Die „Stampa“ bezeichnet die Muhrbesetzung als ein Attentat auf das Völkerrecht und die Freiheit des deutschen Volkes, das bei jedem freudenkenden Gewissen Empörung hervorrufen müsse.

Die Stimmung in Deutschland.

Der Beschuß des deutschen Reichstages, der am Sonnabend nach der schon mitgeteilten Rede des Reichskanzlers mit 283 gegen 12 Stimmen bei 16 Stimmenthalungen (Sozialdemokraten) gefaßt wurde, lautet:

Der Reichstag erhebt gegen den Rechts- und Vertragsbruch der gewaltamen Besetzung d. Ruhrgebiets feierlichen Protest. Der Reichstag wird die Regierung bei der Anwendung jeder zu entschlossenen Abwehr dieses Entarteten zweckdienlichen Maßnahmen mit allen Kräften unterstützen.

Vorstand Löhr knüpft an die Mitteilung des Abstimmungsergebnisses die Bemerkung: Der Reichstag hat damit gesprochen, daß das deutsche Volk wird seinem Spruch zustimmen.

Eine Protestkundgebung in Berlin.

Am Sonntag fand in Berlin vor dem Reichstagsgebäude wegen der Muhrbesetzung eine Protestkundgebung statt, zu der sämtliche bürgerlichen Parteien aufgerufen hatten. Eine nach Tausenden zahlende Menge füllte den Platz vor dem Reichstag. Die einzelnen Redner, besonders auch der Reichskanzler Cuno, wurden mit stürmischen, unruhigen Hochrufen empfangen. Mit unbekanntem Haupt sang die Versammlung patriotische und religiöse Lieder, die von Musikkapellen begleitet wurden. Der allgemeine Eindruck war nicht der einer Trauerstimmung, sondern der einer tiefen Erregung und Empörung über die Schmach der Muhrbesetzung. Der Reichskanzler wurde wieder und wieder begeistert gerufen, konnte jedoch nicht zum zweiten Male zur Menge sprechen, da er eine wichtige Versammlung im Reichstag zu leiten hatte. Der Pariser Platz war von einer berittenen Hundertschaft der Schuhpolizei und Mannschaften zu Fuß vollkommen abgesperrt, und vor dem Gebäude der französischen Botschaft war eine weitere Hundertschaft zu Pferde aufgestellt.

Trauung der deutschen Zeitungsverleger.

Die deutschen Zeitungsverleger aller Länder und Gaue hatten sich am Sonntag in Würzburg versammelt, um über die Notlage der deutschen Presse zu beraten. Vor Eintritt in die Tagessordnung wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Erbitterung und die Empörung über den Einbruch der Franzosen und Belgier in das friedliche Deutschland zum Ausdruck kam.

gehauer, denn die Speienmengen, die vertilgt wurden, waren auch unehrer. Die Bäuche schwollen und die Kehlen wurden wie gebkt. Schech Mohammed war nicht nur ein alter, er war auch ein weißer Mann; er speiste Arm und Reich mit gleichem Maß, und sie lobten ihn dafür. Die Schmachtriemen wurden jetzt immer weiter geschnallt und schließlich ganz abgelegt. Aus seinem Sinnen heraus sah Sidi Marik über spindeldürren Beinen dicke Bäuche schaukeln, die allerdings nach zwei Tagen wieder wie schattenhafte Kinderballons in sich zusammenfielen. Er bewunderte die Dehnungsfähigkeit dieser Bauchwände und rückte unwillkürlich ab, aus Furcht vor einer etwaigen Explosion. Und doch war es eigentlich keine Unstättete. Man sah hier ehrenhalber, und je mehr einer sah, um so mehr mußte sich auch der Gastgeber geehrt fühlen. Nachher lebte man wieder zehn Jahre lang wie ein Bettler. Drei Tage und drei Nächte lang rasselt und sang, trillerte und bullede es im Duar, es war eine lustige Zeit. Nur Sidi Marik, der neugetakene Gatte, litt höllisch qualen, teils in puncto seines Trommelfelles, teils weil in diesem sonnigen Lande die Eile vom Tufel ist. Er mußte warten, und dachte sehnlichstvoll an den laufenden Brunnen im Beled, an das leuchtende, lachende Zimmer und an die blühenden Bäume. Kel dachte vielleicht an etwas Althalches; er wußte es nicht, denn er bekam sie seit drei Tagen nicht mehr zu sehen. Und dann begannen die großen Scheinkämpfe, der Kampf der Braut und ihre Lösung und Wiedervereinführung. Bis schließlich der Glanzpunkt eintrete, sollte die Braut wurde dem Gatten durch ein Corps alter Damen zugeführt. Vielleicht wäre Sidi Marik einverstanden gewesen, wenn's ein Haufen brauner, munterer Dinger gewesen wäre, aber das — er durchbrach wieder einmal die Uebelieferung. Er stellte sich, als wollte er die Beleidigung Kel noch einmal vorführen und hob die Liebenschleiere aufs Pferd. Hinter ihm sammelten sich die Beni Humajun zu Pferde, es war der letzte, große Alt der Fer. Der Kodek wollte, daß man dreimal einen Boxen beschrieb und die Braut wieder ablieferte. In leichten Gängen tanzte Sajid der Schwarze am Dattelwald vorbei in die Wüste hinaus und wie in einem Menschen tanzten die Verfolger ihm nach. Sidi Marik ließ die Bügel frei und drückte sein junges Weib fest an sich; die Verfolger kamen ebenfalls schneller. Da ließ der Schech des Beled el Enwar die Bügel völlig fahren, ließ einen hellen jauchzenden Schrei aus, und wie ein Vogel flog das Pferd dahin. Hinter ihm gellten die jubelnden Rufe der Beni Humajun; nach einer Weile sah er sich um: sie blieben weit zurück. Da ließ Sidi Marik das Tier langsam gehen, und während die Verfolger abschwanden, zog er den Schleier vom Gesicht Kel und küßte den roten verlangenden Mund. So hielten Sidi Marik und Kel ihren Einzug in das blumengeschmückte Haus des Beled el Enwar.

Amerikanisches Copyright 1920 bei Carl Duncker, Berlin.

Sidi Marik.

Roman von L. vom Bogelsberg.

(Schluß) (Nachdruck verboten.)

Er konnte Segen bringen in die Wüste — wenn er nicht gegen das Gesetz verstieß. Das Geetz, hm. Said Ibrahim war kein Zweifler, aber manchmal kamen ihm solche Gedanken; das hatte er vom Schech, der auch ein Grübler war. Der Prophet war ein großer Mann, und er war erleuchtet; darum stimmte auch wohl nicht immer alles, was er gesagt hatte, mit der Wirklichkeit überein. Es war lange Jahre her, seitdem Allah dem Propheten erschienen war; jetzt geschahen keine Wunder mehr, wenn man nicht die Fikine bei sich trug, oder ein finnes Nobs unter sich hatte. Allah aljabar. Er mußte selbst am besten wissen, ob er war oder nicht.

Inzwischen war Sidi Marik nach dem Beled el Enwar hindübergeitten. Die Karawane war schon seit acht Tagen wieder fort, aber in das Bauholz und das andere Material bauten die Springmäuse schon Nester. Und darüber stand die goldene Regel: Die Eile ist vom Teufel, die Weile ist von Gott. Sie galt von Venares bis nach Agadir. Aber der Schech des Beled el Enwar trommelte im Handumdrehen seinen Bedarf an Bauleuten zusammen, und am Abend stand das Haus. Er war ein großer Schech, aber er legte selbst Hand mit an und warf zu guer Lejt die getreuen Bauleute hinaus. Das geschah, als Sidi Marik das große Zimmer einrichtete, das Kel Welt werden sollte. Teppiche verhängten die Wände, verdeckten den Boden, Polster zogen sich ringsum. Es sah noch einfach aus, aber es sollte werden wie der Salon der Maria de Padilla. Das Becken für das Bad, das Hamam, mußte auch noch geschaffen werden, aber der Garten stand schon, noch ein wenig lopshängerisch zwar, aber schon lebendeverheizend unter den rauschenden Wasserläufen, die ihn durchzogen. Sogar Bügel waren schon dagewesen und hatten sich mit Wohlgefallen die Dinge betrachtet. Es war Sonne da, Licht und Luft. Die Arkaden gingen auf einen Hof, in dem die Bäume blühten. So geschickt war das bereits Vorhandene einbezogen. Ein Brunnen sprang darin und warf Kühlung nach allen Seiten. Hin und wieder gingen die Kamle zwischen dem Duar und dem Beled. Es war so etwas wie Blasphemie, daß man die edlen Neittiere mit Kosten drückte. Sie brüllten denn auch, was das Zeug hielt. Aber es ging so schneller, und Sidi Marik war ein großer Schech. Freilich: die Eile usw. Eine bunte Lustigkeit war in dem Harem Kel. Glühende Farben aus Kordofan, aus Marakesch, Schiras und Damaskus, Stoffe, die sich wie

In tiefster Ergriffenheit sang die Versammlung nach ihrem spontanen Treuegelöbnis das Deutschlandlied.

Keine Geschäfte mit Feindbundfirmen.

Angesichts des Vorgehens der französischen und belgischen Regierungen hat der Vorstand des Vereins der Großhändler der Hamburger Produktionskette seinen Mitgliedern auf das dringendste empfohlen, keine Geschäfte mehr mit französischen oder belgischen Firmen direkt oder indirekt zu machen, leinerlei Waren mehr in französischer oder belgischer Währung zu kaufen, keine Waren mehr zu handeln, die in französischen oder belgischen Häfen liegen oder nach solchen unterwegs und abzuladen.

Demonstration vor den Stettiner Ententevertretern.

Vom Stettiner Bürgerbund in die Zentralhallen und von der V. S. P. D. in die Amorsäle berufenen Protestversammlungen gegen das französische Vorhaben im Memelgebiet waren von vielen Tausenden besucht. Sonntag mittag zog eine ausgeriegte Menge vor dem Centralhotel, den Sitz der Stettiner Ententevertreter und verlangte unter stürmischen Rufen, daß das Hotel Halbmast flagge. Als zunächst erklärt wurde, daß keine Stange vorhanden sei, versuchte die Menge das Hotel zu stürmen und stimmte die Wahl am Abend an. Als dann endlich eine schwärzlich-rote Fahne Halbmast gesetzt wurde, sangen die versammelten Bürger und Arbeiter, die die gemeinsame Erhebung eintraten, mit dem Hute in der Hand das Deutschlandlied und folgten bejubeln den Rednern, die mahnten, des Tages zu harren, jetzt aber die Ruhe zu bewahren.

Wiedfeldt bei Hughes und Morgan.

Paris, 16. Januar. (Tel.-Un.) Der deutsche Botschafter Dr. Wiedfeldt, wurde vom Staatssekretär Hughes empfangen und erklärte ihm nochmals, daß Deutschland das Vorgehen der Franzosen und Belgier für eine Verleugnung des Versailler Vertrages hält. Staatssekretär Hughes hat die deutschen Argumente angehört und dem Botschafter geantwortet, daß die Politik der Vereinigten Staaten eine Einmischung ausschließe. Er hat dem Botschafter eine Darstellung der Bemühungen gegeben, welche die Vereinigten Staaten machen, um geeignete Mittel zur Lösung des Problems der Reparationen zu finden, wobei er aber keinen Zweifel darüber läßt, daß Deutschland nicht genügende Anstrengungen zur Zahlung gemacht habe.

Paris, 16. Januar. Die amerikanische "Armeezeitung" meldet aus New York, daß Morgan den deutschen Botschafter Dr. Wiedfeldt empfangen und mit ihm die Möglichkeit einer äußeren Anleihe für Deutschland besprochen habe. Morgan soll Wiedfeldt bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß die Realisierung einer solchen Anleihe solange unmöglich sei, als die Reparationsfrage noch nicht geregelt sei.

Die Litauer in der Stadt Memel.

Die Montagabendblätter melden:

Die litauischen Banden haben die Stadt Memel besetzt. Dazu telegraphiert uns unser Warschauer Sonderberichterstatter:

Die Nachricht von der Eroberung Memels durch die Litauer hat hier eine ungeheure Erregung verursacht. Bavar geben die Blätter Nachrichten ohne Kommentar, doch bringt der "Przygad Wiczorny" zugleich mit der Nachricht einen Artikel, in dem wiederum Deutschland verächtigt wird, mit Litauen gemeinsame Schande gemacht zu haben. Das Blatt behauptet sogar, daß der deutsche Gesandte in Moskau, Graf Brodowski-Ranzau, Geheimverträge mit den Sowjets abgeschlossen habe und daß beide Staaten bereit seien, nunmehr zu kämpfen. Deutschland ist Drang nach Osten betrieben, jetzt damit, daß es die durch den Vertrag geschaffenen Freistädte Danzig und Memel vernichten wolle und alles befehligen, was seinem Drang nach Osten im Wege steht. Derartige Verächtigungen Deutschlands zeugen von absoluter Unkenntnis der deutschen Politik. Deutschland erstrebte nie die Bildung eines Freistaates Memel als einziges Mittel, diesen zu fünfundsechzig Prozenten deutschem Platz dem Deutschland zu erhalten, und würde sicherlich einer litauischen Bergwerkgewaltung nicht unentlohnbar, wenn es nicht selbst ohnmächtig am Boden läge. In hiesigen Warschauer polnischen Kreisen hält man die politische Lage jetzt noch dadurch für besonders verschärft, daß bei den Kämpfen um die Stadt Memel französische Soldaten gefallen und verwundet worden sind und daß der Rest der Besatzung gefangen genommen wurde.

Wie Memel besetzt wurde.

Der Hauptangriff der Litauer auf Memel begann am Montagnachmittag. Zunächst befreiten die Litauer Althof, dann griffen sie das Steinort an. Um halb zwölf wurde der südliche Teil der Stadt besetzt. Sowohl bei den Litauern als auch bei den Franzosen gab es Tote und Verwundete. Um halb eins war die ganze Stadt von litauischen Abteilungen besetzt. Zum Teil daraus begründeten Verhandlungen zwischen den Litauern und den Franzosen.

Englische und französische Panzerkreuzer und Torpedoboote für Memel.

Der "Gaz. Wars." wird am Sonnabend abend aus Paris gemeldet: In einer Versammlung des Botschafterrates unter Cambon's Vorsitz wurde die durch den litauischen Oberstall auf Memel gefahrene Lage besprochen. Es wurde beschlossen, auf Memel gefahrene Lage zu beobachten. Es wurde beschlossen, englische und französische Kriegsschiffe nach Memel zu senden. Gleichzeitig wurde dem Kommissar für Memel General Petits, die Meinung gegeben, daß im Falle des Eindringens der Litauer in die Stadt Memel die französische Truppenabteilung, die nur 200 Mann stark ist, in der Kaserne bleiben soll. Zwei französische Torpedoboote sind am 18. Januar von Brest nach Memel abgedampft. Auch ein englischer Panzerkreuzer ist dorthin unterwegs. Diese Schiffe bringen nach Memel Hilfskräfte, die unter dem Befehl eines französischen Generals stehen werden.

Indirekte Mitverantwortlichkeit der litauischen Regierung.

Die litauische Telegraphen-Agentur meldet: Der französische und der englische Vertreter bei der litauischen Regierung protestierten gegen das angebliche Einrücken litauischer Parteigänger in das Memelgebiet und ersuchten die litauische Regierung, ihren Einfluss geltend zu machen, um Ausschreitungen gegen Personen und Eigentum zu verhindern. Die litauische Regierung erklärte in einer Antwort, daß sie die Bestrebungen der litauischen Patrioten verstehen, da die anormalen Lagen des Memelgebietes in jeder Beziehung unerträglich geworden sei. Defense geachtet könne sie in das ihrer Souveränität nicht unterstehende Gebiet nicht eingreifen, und sie habe Maßnahmen getroffen, um die Grenze vor Einfällen zu schützen. Die litauische Regierung sehe keinen Grund, diese Stellungnahme zu ändern.

Der Ministerpräsident erklärte jedoch Vertretern der Presse, daß Litauen nicht indifferent bleiben werde, wenn gegen die litauische Mehrheit, die im Memelgebiet die Organe bilden wollen, die den politischen und nationalen Interessen der Mehrheit entsprechen, Maßnahmen angeordnet würden.

Ein Aufruf der Einwohnerschaft Memels.

Die Einwohnerschaft von Memel erließ vor der Besetzung folgenden Aufruf:

"Die durch das amtliche litauische Telegraphenbüro Elia verbreitete Behauptung der litauischen Regierung

vorstellenden des Botschafterrates eine Note, in der gegen das Eindringen der Litauer in das Memelgebiet protestiert wird.

Litauische Flugblattpropaganda.

Das Flugblatt, das von den litauischen Freischärlern im Memelgebiet in französischer Sprache verbreitet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Offiziere und Soldaten Frankreichs!

Seit der Friedenskonferenz von Versailles hat Herr Clemenceau, Vertreter Eurer ehrenvollen Nation und Vorsitzender dieser Konferenz, erklärt, daß das Territorium von Memel in seiner großen Mehrheit eine Bevölkerung hat, die immer litauisch war, daß es diesen Charakter bis in die Gegenwart erhalten hat, und daß der Hafen von Memel ein einziger Ausgang Litauens zum Meer ist. Ihr habt mit Euren eigenen Augen klar gesehen, daß dies vollkommen wahr und richtig war. Ihr habt die Möglichkeit gehabt, Euch zu überzeugen, daß diese überwältigende Mehrheit der Bevölkerung fortsetzt im eigenen Heimatland verfolgt und bedrängt wurde von den deutschen Behörden.

Ihr habt Euch überzeugen können, daß die deutschen Behörden bemüht waren, entgegen dem Versprechen der Friedenskonferenz vermittelst eigens zu diesem Zweck geschaffener Organisationen zu verhindern, daß das Memelgebiet sich mit der litauischen Republik vereinigte.

Das Ergebnis ihrer Bemühungen ist, daß das Land in äußerste Armut und Not geraten ist; durch die Schaffung eines "Freistaates" droht uns eine tragische Situation ohne Ausweg.

Um dieser unerträglichen Lage abzuholzen, nimmt das Regierungskomitee von Klein-Litauen, gestützt auf den Willen und den Wunsch der Bevölkerung, wie sie in den auf ihr zahlreichen Versammlungen gefassten Entschließungen und Protestkundgebungen zum Ausdruck gekommen sind, die Führung der Angelegenheiten des Memelgebietes in seine Hände.

Französische Soldaten! Ihr habt Euch in der ganzen Welt berühmt gemacht als glorreiche Kämpfer für die edlen Ideen der Freiheit, der Gleichheit und der Befreiung unterdrückter Nationen. In dieser historischen Stunde wenden wir uns an Euch, mit der dringenden Bitte: Hinderet uns nicht, uns selbst zu erneuern und über das Schicksal unseres Gebietes entsprechend unserem Wunsche zu entscheiden. Möge sich Eure Hand nicht erheben gegen die von dem Willen der Bevölkerung dieses Landes ausgehende Macht!

Möge durch Euch kein Tropfen Blutes von diesem Zweig der litauischen Nation vergossen werden, der im Begriff steht, seine Freiheit wiederzuerlangen.

Wenn Ihr neutral bleibt, werden wir niemandem gestatten, Euch, sei es mit Worten oder durch Handlungen anguziehen.

Polnische Pressestimmen.

Der "Dziennik Gdańskie" schreibt:

Während die Franzosen ins Ruhrgebiet einrücken, wo sie berechtigt sind (?), überreiten die Ungarn die Grenze Rumäniens, und die Litauer fallen im Memelland ein. Das Vorgehen der Litauer kann für den ganzen Nordosten Europas die schwerwiegenderen Folgen haben und zu Verstümmelungen führen, die im Interesse des Friedens und der gesellschaftlichen Entwicklung der europäischen Staaten unerträglich sind.

Das französische Militär ist zu schwach, um dem Einfall erfolgreich widerzuhalten ... Die Litauer müssen bedenken, daß zur Sicherstellung der Ordnung die Alliierten nicht eindringen sind, neue eigene Truppen im Memelgebiet zu landen. Die Executive kann entweder Deutschland oder Polen, als den Nachbarstaat übertragen werden. Deutschland kommt aber nicht in Frage; denn man hat doch dieses Gebiet nicht erhalten vom Deutschen Reich abgetrennt, um es ihm wieder auszuspielen und den Deutschen zu erlauben, sich dort festzustellen. Der preußische Militarismus, der bis heute in aller Blüte ist, dient hier zur Warnung. Anders ist es mit Polen. Polens Militär ist gut organisiert und von ehrlich demokratischem Geist getragen. Seine Ansichten auf das Memeler Land sind rein wirtschaftlicher Natur, also anders als die der Deutschen und der Litauer. Ihr Polen handelt es sich nur um Sicherung gewisser Rechte für die Ein- und Aushüt durch den Memeler Hafen.

Polen liegt viel daran, daß die bestehende Ordnung im Memelland beibehalten bleibt bis zur geleglichen Regelung; es wird niemals auf seine für seine Wirtschaft so wichtigen Rechte im Memelland verzichten. Seine Aufgabe ist es, den Frieden im Osten zu erhalten, und Polens Stellungnahme ist sehr in diesem Augenblick, wo die Versuchung zum "corrigeren Krafts" größer ist als jemals, auf die Erhaltung des Friedens gerichtet.

Die Deutschen würden an Stelle Polens, wenn sie eine gut ausgerüstete und starke Armee hätten wie Polen, Danzig, Ostpreußen und Westfalen, ohne sich nach jemand umzusehen. (?)

Wir Polen ist es anders. Es denkt nur daran, den Frieden zu erhalten, sichert sich seine Rechte, verzichtet auf nichts, ist aber bereit, nachzugeben bis zu den äußersten Grenzen, um den Frieden in Europa zu erhalten.

Es ist zu befürchten, daß die Litauer nicht an den Toren Memels halt machen, sondern weiter nach Ostpreußen eindringen, um die ehemalige Hauptstadt ihres "Klein-Litauens" Tilsit einzunehmen. So könnte ein deutsch-litauischer Krieg entstehen.

Alle Gerüchte von einer polnisch-litauischen Vereinigung über eine beachtliche Teilung Ostpreußens und Westfalen. In der Memeler Angelegenheit gedenkt die Polens vielmehr konform mit den Deutschen; der Wille der Mehrheit der Bevölkerung soll respektiert werden...

Die "Gazeta Gdańskie", das nationaldemokratische Organ der Danziger Polen, äußert sich wie folgt: Weder der französische Kommissar Petits, noch unser polnisches Konsulat haben den Grätschen Bedeutung beigegeben, daß das deutsche klein-litauische Komitee im Memelland einen bewaffneten Aufstand vorbereitet, um dem litauischen Militär die Wege zu ebnen, das auf das von Moskau ausgesetzte Schlagwort im Memelland einzuhallen sollte. Der Plan, das Memelland zu belegen, ist nach der Abschlusssitzung in Moskau, und zwar durch höhere bolschewistische Funktionen, unter Teilnahme Trotski's gestanden bekommen. Nur das "Memeler Dampfboot", das sich nicht von den Litauern hat einfangen lassen, hat seit langem gewahrt und geschieben, daß eines schönen Morgens litauische Truppen ins Memelgebiet eindringen werden, um sich den Weg zum Meer zu ebnen. Man nahm das "Memeler Dampfboot" nicht ernst.

Wie der "Przygad Wiczorny" erfährt, wurden die litauischen Delegierten, die als Parlamentäre eine Unterredung mit dem französischen Kommissar für Memel General Petits, nachrichten, von diesem nicht empfangen. Petits ließ ihnen sagen, daß er sich mit ihnen in keine Verhandlungen einlassen werde und die unverzügliche Entwicklung der angreifenden Abteilungen fordere. Die Franzosen sind entschlossen, bis zum äußersten zu kämpfen, und setzt in den Käsern.

Nach einer Meldung aus Paris überreichte der dortige polnische Gesandte Bamontelli im Namen seiner Regierung dem

Botschafterrats eine Note, in der gegen das Eindringen der Litauer in das Memelgebiet protestiert wird.

Die "Rzeczpospolita" meldet: In Warschau eingegangene Nachrichten beweisen schlagend, daß der Überfall auf Memel nicht eine Aktion von außländischen Banden darstellt sondern von der Kommission mit Hilfe regulärer Truppen organisiert wurde. Die Kommission Regierung entstand an die Grenze Litauens und des Memelgebietes eine Abteilung von 3000 Mann. In Kowno selbst werden Autore verboten, in denen von der Bevölkerung Gaben für die Aufständischen verlangt werden. Bisher wurden 20 Millionen deutsche Mark für diesen Zweck gesammelt.

"Angeblich".

Unter der Überschrift "Ein merkwürdiges Urteil — Nachfrage zur Senatswahl in Pommern" berichtet die Bromberger "Deutsche Rundschau":

Eine eigenartige Anklage mit politischem Hintergrund bildete am vergangenen Freitag den Gegenstand der Verhandlung vor dem Bezirksgericht in Thorn, wo sich der Kaufmann Ernst Laengner aus Thorn und der verantwortliche Redakteur der "Deutschen Rundschau" Johannes Kruse aus Bromberg wegen Beleidigung, Verleumdung und Verächtlsmachung von Staatseinrichtungen zu verantworten hatten.

Als im November 1922, vor den Wahlen zum Senat, die für Pommern eingereichte Kandidatenliste Nr. 16 durch Beschluss der staatlichen Wahlkommission in Thorn durch die geistliche Bevölkerung verdeckt worden war, erließ das deutsche Wahlkomitee, dessen Vertretermann der Kaufmann Ernst Laengner war, einen Aufruf an die deutschen Wähler Pommerns mit dem Appell, auf die Liste Nr. 7 zu stimmen. Der Aufruf, der in Thorn und anderen Städten Pommerns teils durch Flugblätter, teils durch die "Deutsche Rundschau" den deutschen Wählern vermittelt wurde, begann mit folgendem Satz: "Eure Liste der Senatskandidaten ist infolge eines angeblichen Fehlers durch die Thorner Kommission gestrichen worden." In dem Ausdruck "angeblich" erklärte der Bezirkswahlkommissar, Senatspräsident Dr. Brendel, und mit ihm die gesamten Mitglieder der Wahlkommission eine Beleidigung, Verleumdung und Untergrabung der Autorität der Kommission. Nach deren Auffassung hätten der Vertrauensmann und auch der Schriftleiter der "Deutschen Rundschau" wissen müssen, daß es sich hier nicht um einen "angeblichen", sondern um einen tatsächlichen Fehler gehandelt habe, und diese Auffassung führte zu einem Strafantrag, den der Staatsanwalt des Thorner Bezirksgerichts in folgender Anklageschrift aufnahm:

1. Der Kaufmann Ernst Laengner ... aus Thorn, angeblich nicht vorbestraft,
2. der Redakteur Johannes Kruse ... aus Bromberg, angeblich nicht vorbestraft,

wurden beschuldigt, im November 1922 in Thorn durch eine und dieselbe Handlung die erledigte Tat offiziell behauptet und verbreitet zu haben, daß die Senatsliste Nr. 16 nur infolge "angeblicher" Fehlers für ungültig erklärt wurde, trotzdem sie wußten, daß diese Tat erledigt ist, um dadurch eine Staatswahllkommission zu betrachten.

Die Verhandlung die Stundenlang wähnte, ergab folgendes Resultat:

Nachdem die Liste Nr. 16 eingereicht worden war, wurde dem Vertrauensmann Laengner, der mit der Wahlkommission in ständiger Füllung stand, bedeutet, die Kommission könne die Liste nicht anerkennen, da mehrere Unterschriften dieselben Handzeichen hätten, also von ein und derselben Hand bewirkt wurden. Herr Laengner ließ nun eine zweite Liste zirkulieren und reichte sie ein, doch auch diese wurde für ungültig erklärt, mit der Begründung, daß sie als eine neue Liste anzusehen sei, da sie eine Anzahl anderer Namen aufwies, wie sie in der ersten Liste enthalten waren. Zur Einreichung einer neuen Liste war aber die Frist schon abgelaufen. Da das deutsche Wahlkomitee diesen Standpunkt nicht teilte, wurde sofort eine Beschwerde nach Warschau eingereicht, die allerdings eine Änderung der Situation nicht herbeiführte, konnte, da nach der Wahlordnung Protest erst nach der vollzogenen Wahl gültig sind. Ein solcher Protest ist denn auch eingelegt worden. Inzwischen wurden die Wahlausübung für die Liste Nr. 7 verbreitet und da die Entscheidung der Wahlkommission nicht als endgültig angesehen wurde, brauchte man eben den harmlosen Ausdruck "angeblich", der, wie die beiden Angeklagten und auch der Verteidiger des Herrn Laengner, Herr Justizrat Stein, in einer langen, überzeugenden Rede nachwiesen, zwar als Kritik der Entscheidung der Wahlkommission, die jedem Bürger in einem demokratischen Staate frei steht, keineswegs aber als Beleidigung, Verleumdung oder gar Verächtlsmachung von Staatseinrichtungen aufgefaßt werden kann.

Der Staatsanwalt ging auf diesen Tatbestand nicht näher ein, ihm genügte der Hinweis darauf, daß die Autorität bei Behörden auf jeden Fall geschützt werden müsse und beantragte gegen beide Angeklagten eine Gefängnisstrafe von je vier Wochen. — Der Verteidiger hielt ihm entgegen, daß er in seiner Anklageschrift bei den Personalien der Angeklagten doch selbst den Ausdruck "angeblich nicht vorbestraft" gebraucht habe, trotzdem er hätte wissen müssen, daß die Angeklagten tatsächlich noch nicht vorbestraft seien. Der Staatsanwalt wurde sich hier aber keine Anklage zuschaffen, da die Angeklagten logischerweise den Ausdruck so aufzufassen, wie ihn der Sprachgebrauch und die Ethymologie dictierte.

Nach einundehnhalbstündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: "Die Angeklagten werden der ihnen zur Last gelegten Vergehen für schuldig befunden. Herr Laengner, der genutzt hat, daß in der Liste tatsächliche Fehler enthalten waren, wird zu drei Tagen Gefängnis. Redakteur Kruse, der dies nicht genutzt haben mag, wegen Veröffentlichung des Aufrufs zu 5000 Mark Geldstrafe oder für je 100 M. zu einem Tage Gefängnis verurteilt." In der Begründung wurde ausgeführt, daß der Ausdruck "angeblich" im allgemeinen nicht als Beleidigung angesehen werden kann, doch bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen müsse man bei der Wahl der Ausdrücke vorsichtiger sein.

Gegen das Urteil wurde von beiden Angeklagten Berufung eingereicht.

Freistaat Danzig.

Mag Müller — Völkerbundkommissar für Danzig?

Den gegenwärtigen Aufenthalt des englischen Gesandten für Polen Mag Müller in Danzig deutet Danziger deutsche Kreise dahin, daß Herr Mag Müller der Vorschlag gemacht werden soll, den Posten des hohen Völkerbundkommissars in Danzig an Stelle des jetzt zurücktretenden Generals Halbing anzunehmen.

* Russische Zeitung in Danzig. In Danzig ist die erste Nummer des in russischer Sprache erscheinenden "Danziger Westen" erschienen.

Liesel Berger
Karl Schultz
Verlobte.

Wilanowo, pow. Chodziez

Januar 1923.

Książek, pow. Śrem

5021

Nach gründlicher Renovierung
und Umbau, eleganter Ausstattung
in neuzeitlichem Stile ist

neben dem Hotel APOLLO (Piekary 17) ein Restaurant und Weinlokal

eröffnet worden, unter Leitung der allseits bekannten Fachleute, der früheren Mitinhaber des „Empire“, **Maciaszczyk** und **Kaczyński**, denen es gelungen ist, in den letzten Jahren die vollste Anerkennung der Posener Feinschmecker und der ländlichen Bürgerschaft unseres Teilgebiets zu erringen.

Zäglich erstklassiges Künstler-Konzert.

Anknüpfend zu unserer Bekanntmachung vom 4. d. Mts. über die neuen Verdienstgruppen, die für die Höhe der Unterstützungen und der Beiträge gelten, fordern wir alle Arbeitgeber auf, uns die Höhe der tatsächlichen Löhne und Gehälter ihrer Arbeitnehmer (die der Versicherten) längstens bis zum 25. d. Mts. anzugeben. Falls die Angabe bis zu dem bestimmten Zeitpunkt nicht erfolgt, fixiert die Kasa Chorych die Höhe der Löhne und Gehälter im Sinne des § 22 unseres Staats auf Grund der von den einzelnen Berufsweisen zwischen den Arbeitgebern und den Berufsorganisationen abgeschlossener Verträge (Tarife).

Poznań den 15. Januar 1923.

Die Verwaltung der Kasa Chorych miasta Poznania.



Donnerstag, 25 Jan., abends 8 Uhr
im großen Saal
des Evgl. Vereinshauses

Konzert

von Paul Schramm (Klavier) u Marie Schramm (Violoncello)
Eintrittskarten 2000, 1000, 500 M.
im Vorverkauf bei A. Gumnior sw. Marcin.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 17. 1. abends 7 Uhr: „Hänsel und Gretel“, Märchen-Oper von Humperdinck. (Preisermäßigung).

Freitag, den 19. 1. abends 7 Uhr: „Die Einführung aus dem Serail“, Oper von W. A. Mozart. Premiere. (Gästspiel Jadwiga Dąbrowska).

Billettsvorverkauf im Zigarettengeschäft des Herrn Górecki im Hotel Monopol Ecke ul. Kredy und Sw. Mielnika 10.

Konservatorium und Hochschule der Musik zu Leipzig.

Die Aufnahme-Prüfungen (auch für die Opernschule und das Institut für Kirchenmusik) finden Montag und Dienstag, den 9. u. 10. April 1923, in der Zeit von 9—12 Uhr statt. Schriftliche Anmeldungen können jederzeit, persönliche Anmeldungen am Sonnabend, dem 7. April im Geschäftszimmer des Konservatoriums erfolgen. Der Unterricht erstreckt sich auf alle Zweige der musikalischen Kunst. Das Sommer-Semester beginnt am 9. April. — Prospekte gegen Einsendung von 100 Mark.

Leipzig, im Januar 1923.

Senat und Kuratorium.

Reparaturen

an
Elektromotoren
Dynamomaschinen

führen aus
K. Gaertig i Sp., o. p. Poznań,
Oddział Pracowni Elektromechanicznych,
Tel. 3584, ul. Półwiejska 35. Tel. 3584.

Feldbahner,

m. langjähr. Erfahr. i. Normal- u. Feldbahn,
zur Einrichtung u. Leitung einer Filiale
poln. So. Tochterges. größer. dt. Spezialist.
Basis trüb. Provin. Polen. Sib. Polen oder
Bromberg. sofort gesucht. Aust. Angeb.
unter R. Z. 5006 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wirtschaftsbeamter

sucht zum 1. Februar oder später Stellung auf mittlerem
Gut oder Vorwerk. Gute Kenntnisse vorhanden. Öfferten
bitte um. L. 5014 an die Geschäftsstelle d. Bl. einzusenden.

Dominium Nagradowice

sucht zu möglichst baldigem Antritt tüchtigen, zuverlässigen
Brennerei-Verwalter.

Brennerei, Flöderstellung und elekt. Anlagen.
Bitter, Nagradowice, Post Gądkie. 5028

Unverheirateter Brenner

für sofort gesucht. Ges. Angebote um. V. 5016 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Elebe gesucht!

Zum 1. April, evtl. früher, bietet sich junger Mann aus
besserer Familie auf dem Hauptgut einer größeren
intensiv bewirtschafteten Herrschaft mit verschiedenen Neben-
betrieben Gelegenheit zur gründlichen Erlernung
der Wirtschaft. Bedingung: Viel Lust und Liebe zum
Beruf. Lehrgeld nach Vereinbarung.
Anfragen an Administrator Wiesner, Wierzonka
p. Kobylina, Powiat Poznań-Wschód.

Evangelischer Gutsstellmacher

auf Deputat mit eigenem Handwerkszeug mit Boten
für sofort oder 1. 4. 1923 gesucht.

Dom. Muchocin powiat Medzychód.

Gut sofort oder 1. Februar d. J. durchaus tüchtig.

Wirtin,

in allen Zweigen eines größeren Landhaushaltes er-
fahren, gesucht. Meldungen erbeten an

(4995)

Frau von Vahl,
Stoleżyn, poczta Wapno, pod Kępną.

Arbeitsmarkt

Erfahrener, strebsamer, solider

Oberinspektor

sucht dauernden Wirkungsbereich.
Derdan, Starogard, ul. Starogardzka 21. 5018

2 Wirtschafts-Assistenten

evl. junge Herren, die ihre Lehrzeit beendet haben
und der polnischen Sprache mächtig sind, sucht zum 1. April 1923
(4957)

Güterdirektion Gora bei Jarocin.

Suche per 1. Februar
einen unverh. zuverlässigen

Hofbeamten

Zeugnisabschriften und kurz gefassten Lebenslauf erb.

Uhle, Uhlenhof (Gorzen) k. Rydzyna.

TOW. AKC. „PŁÓTNO“

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 20

Tel. 14-67

Tel. 14-67

kauft

waggonweise jede Menge

LEINSTROH

zu den höchsten Marktpreisen
und bittet um Offerten. (459)

Achtung!

Wer Gut oder Haus schnell und
gut verkaufen will, wende sich mit vollem
Vertrauen an die Firma
E. Dlużewski, Poznań,
Słowackiego 48.

Möbel- Transporte

jeder Art. Stadiumzüge. An-
und Abfuhr von Waggon-
ladungen, Gedammungserstellung
übernimmt

„Britania“
Inż. Georg Prügel, ul.
Gortatowa 41 L. Tel. 1677.

Sozial- u. Provinzialzeitung.

Posen, 16. Januar.

Die Verordnung über die Standgerichte.

Heute ist folgende Verordnung des Innenministeriums über die Errichtung der Standgerichte in Posen und Pommerellen in der Stadt Posen öffentlich angegeschlagen worden:

Auf Grund des Art. 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1919 über die Standgerichte hat der Ministerrat durch die Verfügung vom 21. Dezember 1922 beschlossen, für 6 Monate, vom 28. Dezember 1922 gerechnet, im Gebiete der Wojewodschaften Posen und Pommerellen Standgerichte einzuführen, die Todesurteile fällen oder fristlosen schweren Kerker für die unten angeführten Vergehen verbürgen werden, sowohl für Hauptbeschuldige als auch für alle Mischuldigen. Zum Tode durch Erschießen wird verurteilt:

a) Der Anführer einer Bande, die sich öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften sich Gewalttätigkeiten an Personen oder Sachen zuschulden kommen ließ, sowie diejenigen aus der Bande, die sich zu einer Gewalttat an Personen oder Sachen hinreihen ließen, gestohlen oder geplündert und demoliert haben (§ 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuches);

b) jeder, der eine Person vorsätzlich (§ 211) oder ohne Vorwurf tötet (§ 212);

c) wer unter Anwendung von Gewalt gegen einen Menschen oder unter Androhung gegenwärtiger Gefahr für seinen Gesundheit oder Leben fremde Mobilien fortnimmt, um sie sich anzueignen, und zwar:

1. wenn der Räuber oder der Raubgenosse eine Waffe bei sich hatte;

2. wenn sich an dem Raub mehrere Personen mitbeteiligten;

3. wenn der Raub öffentlich auf der Straße, in der Eisenbahn, auf einem offenen Platz, auf offener See oder auf einem Wasserweg geschah;

4. wenn der Raub in der Nacht in einem bewohnten Gebäude verübt wurde, in das sich der Täter zwecks Raubes oder Diebstahls heimlich einfädelte oder mit Gewalt eindrang oder sich zu diesem Zweck irgendwo versteckte;

5. wenn der Täter als Räuber oder auf gleicher Stufe mit einem Räuber im Innlande bestraft worden ist;

6. wenn der Täter eine Person mißhandelte oder unter Anwendung von Gewalt schwer verletzte oder deren Tod herbeiführte, sowie derjenige, der während eines Diebstahls auf frischer Tat ergriffen wird und dabei gegen eine Person Gewalt anwendet oder sie mit dem Tode bedroht, um im Besitz der gestohlenen Sachen zu bleiben sowie derjenige, der, um für sich oder für eine dritte Person unechtmäßige Vermögensvorteile zu ziehen, einen zweiten zur Tat zwingt;

d) wer absichtlich in Brand stießt:

1. ein Gotteshaus,

2. ein Gebäude, Wasseraufzugs oder Hütte, die als Wohnstätte dienen.

3. Räume, die für den Aufenthalt von Menschen dienen, zu einer Tageszeit, in der sich Leute dort gewöhnlich aufhalten, besonders, wenn der Brand den Tod eines Menschen verursachte, der sich in dem angestiegenen Wohnraum aufhielt, oder wenn die Brandstiftung deshalb geschah, um unter ihrem Deckmantel einen Mord oder einen Raub zu begehen oder einen Aufzug zu entzünden, oder wenn der Brandstifter, um die Lösung des Feuers zu verhindern oder zu erschweren, Löschgeräte besiegelt oder unbrauchbar macht;

4. ein Gebäude, ein Wasseraufzugs, eine Hütte, eine Grube, ein Magazin, einen Warenvorrat, der auf dazu bestimmten öffentlichen Plätzen aufgestapelt wird, Vorräte an landwirtschaftlichen Produkten, Bau- oder Brennmaterialien, Feld- und Waldfrüchten oder Lorkböden, wenn diese Objekte einem anderen oder gar dem Brandstifter gehören, aber der Natur oder der Lage nach das Feuer auf die unter den Biffern 1 bis 3 des Punktes d erwähnten Lokalitäten oder auf irgend einen der oben erwähnten fremden Gegenstände übertragen können; auf gleicher Linie mit Brandstiftung wird vollkommene oder teilweise Vernichtung mit Hilfe von Pulver oder anderen Explosivstoffen angesehen.

e) wer Eisenbahneinrichtungen, Transportmittel usw. absichtlich so beschädigt oder durch falsche Zeichen und Signale auf dem Gleis solche Hindernisse schafft, daß sie den Transport einer Gefahr auslösen, besonders wenn die Tat eine schwere Verleumdung oder den Tod eines Menschen verursacht hat;

f) wer absichtlich und unberechtigt den Telegraphenverkehr, der öffentlichen Bremen dient, aufhält oder ihn dadurch gefährdet, daß er Zuhörerstücke beschädigt oder verändert;

g) wer absichtlich Pumpen, Schleusen, Flugabwehren, Gräben, Dämme oder andere Wassereinrichtungen oder Brücken, Fächer, Schuhmäße oder im Bergbau zum Pumpen, Ventilieren, zur Ein- und Ausfahrt der Arbeiter in Gebrauch befindliche Geräte vernichtet oder beschädigt, oder wer aus größeren oder kleineren schiffbaren Flüssen oder Kanälen den Wasserlauf aufhält, wenn diese Handlungen eine schwere Verleumdung oder den Tod eines Menschen verursachen;

h) wer 1. durch den Gebrauch von Explosivstoffen eine Gefahr für das Eigentum der Menschen oder deren Gesundheit und Leben heraufbeschwört, besonders, wenn eine Verleumdung oder der Tod eines Menschen erfolgt;

2. wer sich mit anderen Personen verabredet, eine oder mehrere der unter Biffer 1 Punkt h erwähnten Handlungen zu begehen, selbst wenn sie

nicht näher bezeichnet sind oder das beabsichtigte Verbrechen nicht zur Durchführung kommt;

3. wer Explosivstoffe in der Absicht herstellt, vorbereitet, bestellt oder besitzt, um durch ihren Gebrauch eine Gefahr für das Eigentum, die Gesundheit und das Leben einer anderen Person heraufzubeschwören oder solches anderen zu ermöglichen, oder wer Explosivstoffe an andere abgibt, wohl wissend, daß sie bestimmt sind, ein Verbrechen zu begehen, das unter Biffer 1 Punkt h erwähnt ist;

4. wer Explosivstoffe unter Bedingungen herstellt, vorbereitet, bestellt, bewußt besitzt oder anderen abgibt, die nicht davon zeugen, daß es zu erlaubten Zwecken geschieht.

Wenn sehr trügerische mildner Umstände eintreten, kann das Gericht die Strafe auf fristlose schwere Gefangenissstrafe herabsetzen, wobei folgende Fälle ausgeschlossen sind:

1. wenn jemand mit Vorbedacht tötet;

2. wenn das unter Biffer 1 Punkt h angeführte Verbrechen begangen wurde und dabei der Tod eines Menschen eintrat, der Täter das aber voraussehen konnte.

Der Versuch des Verbrechens unterliegt derselben Strafe wie ein bereits begangenes Verbrechen.

Das Urteil und die Entscheidungen des Standgerichts sind im Augenblick der Veröffentlichung rechtsgültig.

Das Todesurteil wird im Verlauf von 24 Stunden nach der Verkündung vollstreckt.

Warschau, 4. Januar 1923.

Der Minister des Innern.
J. B. Benc.

Wahl des Landeshauptmanns.

In der Montagsitzung des Posener Wojewodschaftslandtages, dem ersten nach Neujahr, wurde nach Erörterung des Gedächtnisses des dahingestrichenen Präsidenten Narutowicz die Wahl des Landeshauptmanns vollzogen. Der bisherige Leiter der Landeshauptmannschaft, Hubert, der diesen Posten übernahm, als der erste Landeshauptmann Włodzimierz nach dreijähriger Tätigkeit mit voller Pension in den Ruhestand versetzt wurde, erhielt 32 Stimmen. Auf den Vorsitzenden des Vermögensgerichtshofes der Wojewodschaft, Begele, fielen 44 Stimmen. Somit ist letzterer auf 6 Jahre zum Landeshauptmann gewählt. Der neue Landeshauptmann stammt aus dem Süden der Wojewodschaft und war lange Jahre als Rechtsanwalt in Ostrowo tätig. Der bisherige Leiter der Landeshauptmannschaft, Hubert, der im Jahre 1919 aus Galizien kam, soll in das Innenministerium kommen. Der neue Landeshauptmann ist politisch bisher nicht hervorgetreten.

Warnung vor unerlaubter Geldausfuhr.

Bei Auswanderern und Reisenden, die nach Deutschland fahren, werden bei der Untersuchung an der Grenze öfter größere Geldsummen versteckt aufgefunden, die sie über die Grenze schaffen wollen. Abgesehen davon, daß das Geld der Beschlagnahme anheimfällt, macht sich der Besitzer des Geldes auch noch strafbar; je er läuft Gefahr, an der Grenze festgenommen zu werden. Es muß daher dringend davor gewarnt werden, eine größere als die gesetzlich erlaubte Summe Geldes ohne besondere und ausdrückliche Genehmigung der zuständigen Behörden über die Grenze zu schaffen, da nominell in letzter Zeit Auswanderer hierdurch große Verluste erlitten haben. Zu Nutz und Frommen aller Interessenten sei deshalb nochmals mitgeteilt, daß bei einer einmaligen Überschreitung der polnischen Grenze nach Deutschland, Danzig usw. ohne weiteres 100 000 Mark polnisch und 1000 Schweizer Franken oder deren Wert in deutschem oder amerikanischem oder französischem, englischem usw. Gelde mitgenommen werden dürfen. Um keine Gefahr zu laufen, die Grenze der 1000 Schweizer Franken in anderem (nicht polnischem) Gelde zu überschreiten, wird der Betreffende gut tun, sich bei einer Bank den Wert der Schweizer Franken in deutsches Geld umzurechnen zu lassen. Weiter sei darauf hingewiesen, daß bei mehrmaligen Reisen ins Ausland in einem Monat nicht mehr als 300 000 Mark polnisch über die Grenze mitgenommen werden dürfen. Genehmigungen für die Ausfuhr von höheren Summen erteilen die Polnische Landesdarlehenstasse Weje Marcinkowskiego 12 (fr. Wilhelmstr.) und ihre Zweigstellen bzw. das Finanzministerium oder die von ihm bestimmten Organe.

Herr Dr. Krajewicz, ehemaliger Präsident des Urząd Siedniczy, gibt im „Kurier Pogn.“ bekannt, daß er seine ärztliche Tätigkeit wieder aufgenommen hat, und seine Sprechstunden in seiner Wohnung im Ansiedlunggebäude abhält.

X Belebung. Der Fliegerhauptmann Lusacewski, der am vergangenen Freitag auf dem Truppenübungsplatz Lawica durch Absturz mit seinem Flugzeug den Tod fand, wurde heute vormittag mit großem militärischen Gepränge beigesetzt. Dem Sarge voran, der auf einem Flugzeug gefahren wurde, schritt eine Ehrenkompanie, der eine Fülle wertvoller Kränze und die Geißlichkeit folgte. Hinter dem Sarge schritten die Angehörigen des berühmtesten Offiziers und die Fliegertruppe.

X Wohnungsschreiber. Der andauernde Wohnungsmangel hat eine ganz besondere Klasse von Wucherern ins Leben gerufen: die Wohnungsschreiber die namentlich in der Stadt Posen eine recht umfangreiche Tätigkeit enthalten. Auf ein dieser Tage in einem kleinen polnischen Blatte veröffentlichtes Wohnungsgesetz meldete sich eine Vereinlichkeit, die dem Wohnungssuchenden eine Wohnung zu ver-

schaffen verprach. Als Bedingung stellte er die Zahlung einer Absandssumme von 5 Millionen Mark und die Zahlung eines Hypothekendarlehns von 3 Millionen Mark an den Hauswirt gegen eine 6 prozentige Versenkung. Gegen den freundwilligen Wohnungsschreiber und seine Helfershelfer ist wegen Wohnungswuchers Anzeige erstattet worden.

Lydia Barbian, eine schweizerische Sängerin, gibt am Donnerstag den 18. Januar d. J. im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses ein Konzert, dessen Programm aus alt-italienischen und französischen Liedern besteht. — Am Klavier Prof. Wladyslaw Raczkowski. Kartenvorverkauf in der Zigarettenhandlung W. Götski Hotel Monopol.

Alma Moodie, eine englische Violinistin, gibt ein Konzert am Montag, den 22. Januar im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses. Das Programm des Konzertes umfaßt Werke von Nardini, Bach, Chaussy und Korngold. Am Klavier Prof. Wladyslaw Raczkowski. Kartenvorverkauf in der Zigarettenhandlung W. Götski Hotel Monopol.

X Millionärslziehung. In der letzten Millionärslziehung gewannen die Lose Nr. 3 192 392 und 3 143 463. Beide Nummern waren an die Postsparkasse in Wartha verkauft worden.

X Schwerer Kraftwagenunfall. Gestern vormittag 9 Uhr wurde in der ul. Gen. Pradzyńskiego (fr. Gneisenaustr.) der zehnjährige Schulknabe Wacław Niola, geb. von einem Kraftwagen überfahren, der ihm über die Brust ging. Er wurde in das Stadtkrankenhaus geschafft. Den Kraftwagenfahrer soll an dem Unfall kein Verhältnis treffen.

X Kindesleichenfund. In den Straßen der Anlagen am Waly Batorego (fr. Königstr.) wurde gestern die Leiche eines neu geborenen Kindes weiblichen Geschlechts in eine Zeitung eingewickelt aufgefunden. Die Polizei ist bemüht, die Mutter des Kindes zu ermitteln.

X Diebstähle. Aus einer Eisenbahnamtskasse in der ulica Glogowska 111 (fr. Glogauerstr.) wurde gestern eine Schreibmaschine „Warta“ Smith Premier, Nr. 80 694 gestohlen. — Auf einer Wohnung im Hause Wielkie Garbary 49 (fr. Gr. Gerberstr.) ist durch Diebstahl eine Geige mit Kasen im Werte von 200 000 M. verschwunden.

Festivitäten.

km. Buz, 15. Januar. Die Abdankerei des Geistes und der Brüder Buisse haben ihre Grundstücke nebst Fleischmühlfabrik an einen Posener Bankdirektor verkauft, der eine großzügige Vergütung des Unternehmens beabsichtigt. Die Brüder Buisse wandern nach Deutschland aus.

* Graudenz, 11. Januar. Im Aerztestreik, der nun bereits zehn Tage andauert hat, ist eine wesentliche Änderung der Sachlage bisher nicht eingetreten. Noch fanden zwischen den Aerzten und Krankenanstaltenvertretern Verhandlungen statt, die aber noch zu keinem beide Parteien befriedigenden Abschluß geführt haben. Die ärztliche Versorgung der Patienten hat trotz des bedauerlichen Zwiespiels keine einschneidenden Störungen erlitten, wenigstens sind bei den Kassen in dieser Richtung irgendwelche Klagen nicht eingelaufen.

* Inowrocław 15. Januar. Vor einigen Tagen entgleiste auf der Strecke Inowrocław-Krakau in der Nähe von Monty ein Waggon des Güterzuges, der um 5 Uhr 40 Minuten Inowrocław verlässt. Die Entgleisung wurde durch einen Deejekt an der Weiche verursacht und tat glücklicherweise keine ernsten Folgen. Der Personenzug von Krakau nach Inowrocław hatte dadurch eine zweistündige Verzögerung.

* Krotoschin, 15. Januar. Unter der Überschrift „Die Teuerungswelle“ schreibt die „Krotosch. Bieg.“: Die Erhöhung der Preise für Artikel des ersten Bedarfs nimmt immer raschere und eindrücklichere Formen an. Als wir letzmalig den Preis für ein Fünfpfundbrot mit 2200 M. einen Rekordpreis nannten, da müßten wir uns gleich eines andern beklagen lassen. Seit Sonnabend kostet ein Fünfpfundbrot nunmehr 3000 M., das Pfund 600 M. Die Semmel kostet 80 M. Schweinefleisch kostet je nach Qualität 2500–3000 M. Rindfleisch ist für 2000 M. das Pfund zu haben. Wohin die Preise führen sollen, ist rätselhaft, galt doch schon im

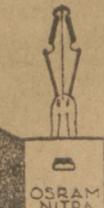
An unsere Leser!

Eine erneute Teuerung aller Gebrauchsartikel und Lebensmittel ist inzwischen wieder eingetreten. Ferner sind die Papierpreise wiederum um 34 % gestiegen. Infolge der sehr vermehrten Unkosten und der um 53% erhöhten Lohnzahlung sind wir genötigt, für den Monat Februar das Abonnement auf unsere Zeitung wieder zu erhöhen. Vom 15. bis zum 25. d. Mts. nehmen die Briefträger die Neubestellungen für die zuständigen Postämter entgegen. Wir bitten daher, die aus der Notlage der Zeit sich ergebende Abonnements-Erhöhung zu zahlen und unserer Zeitung die alte Treue zu bewahren.

Verlag des Posener Tageblattes.

Für jede
elektrische
Auto-Beleuchtung
unentbehrlich

OSRAM
AUTO-
LAMPEN



→ Posener Tageblatt →

alten Rom als wichtigster Regierunggrundstock „panem et circenses“ (Brot und Zirkuspieler). Hoffen wir, daß die zuständigen Behörden dieses auch wissen und in die Tat umsetzen können.

km. Bül. 15. Januar. Die evangelisch-lutherischen Ämter schließen hier eine Sitzung ab. Gegen die Aufstellung der Jahresrechnungen für 1921/22 wurden keine Einwendungen erhoben; die Abrechnungen wurden als richtig anerkannt. Der Verkauf der im kirchlichen Besitz befindlichen Posauinen und Möbelstücke wurde vorläufig abgeschlossen. Infolge der immer mehr fortwährenden Teuerungsverhältnisse wurden die Gehälter des Pfarrers und des Kirchendieners erhöht; es wurde jedoch eine Gehaltskommission aus 7 Mitgliedern gewählt, die, mit Auschluß des Pfarrers von den betreffenden Sitzungen, ständig die Verhältnisse zu überwachen und durch schnelle Entscheidungen gewissermaßen tarifmäßige Gehälter festzusetzen hat und zur Festsetzung auskömmliche Befolgschaft ist. Der Vorstandteile teilte mit, daß durch Ausweiterung der Gemeindevertreter ausgeschieden sind. Die Ausführung verschiedener dringender Reparaturen wird beschlossen. Einer Erhöhung der Stolzgebühren wurde zugestimmt. Sodann wird beschlossen, daß ein Teil der von Frau von Tiedemann-Scheel bestellten Seehamer Kirchenmöbel der Gemeinde Hammel zum Gebrauch überwiesen werden soll.

* Düss. t. P. 15. Januar. Zum Bürgermeister unserer Stadt wurde in der letzten Stadtoberhauptsetzung der Bürkner Konsul Rokowski gewählt. Das neue Stadtoberhaupt ist, wie das „Posener Tageblatt“ berichtet, allen alteingesessenen Düsseldorfer Bürgern als loyale und gerechte Veränderlichkeit bekannt.

p. Neutomisiel. 15. Januar. In Wronskow wurde gestern vormittag die Leiche des 60jährigen Landwirts Bernhard Seide, der beim Wasserschöpfen in den Brunnen gefallen und ertrunken war herausgezogen.

p. Oberholz 15. Januar. Vergangene Nacht wurde in die heilige katholische Kirche ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden zwei wertvolle silberne Kelche und eine ebenso kostbare Patene, sowie verschiedene Kirchenwässche.

* Bugh. 14. Januar. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich in Saporisch. Kreis Neustadt. Ein Güterzug fuhr auf den am Ende eines Gleises aufgestellten Preßblock mit solcher Gewalt auf daß die Lokomotive und mehrere Wagons in den Graben fielen. Zwei Bahnwagen gingen in Trümmer. Personen kamen nicht zu Schaden.

p. Stenschewo 15. Januar. Vergangene Nacht wurde ein bießiges Kurwarengeschäft durch einen armen Einbrecher geplündert, bei dem Sachen im Werte von 7 Millionen Mark gestohlen wurden, schwer geschädigt.

hk. Samotlach. 14. Januar. Am Donnerstagabend brangen nach Eindrücken einer Fensterscheibe Diebe in die Wohnung des Eigentümers Dürerhoff in Neu-Laskowo ein, durchwühlten vergeblich die Kommodenkästen und entwendeten schließlich einen Regulator, einen großen Spiegel und zwei Zigarren. Die Diebe müssen mit der Verhältnissen vertraut gewesen sein, auch müssen sie gewußt haben, daß der Eigentümer Dürerhoff verreist war und erst spät abends wiederkommen konnte. — In der vorigen Woche sind den Eigentümer Grams in Neu-Laskowo zwei Fahrräder gestohlen worden.

* Thorn. 13. Januar. Einen Nahenbauer sistierte die heilige Polizei. Auf dem Hofe des Mädchengymnasiums befanden zwei kleine Kinder, daß ihr Vater ihre älteren Schwestern unmenschlich mißhandele. Die Polizei suchte die Familie auf und stellte fest, daß der Vater seit dem kürzlichen Ableben seiner Frau die Kinder häufig unter Verwendung eines großen Schlüssels schwer mißhandelt hat. Nach dem Bericht des „St. Rom.“ handelt es sich um einen gewissen Vielski aus der Großen Gerberstraße.

Ausgebot.

* Königsberg t. P. 10. Januar. Wie seinerzeit gemeldet, wurde am Abend des 20. Dezember die Bahnhofsistentin mitteilt. Oldenburg in ihrer Wohnung in Jüttendorf ermordet und beraubt aufgefunden. Jetzt ist nun festgestellt worden, daß als Verübler des Verbrechens der Monteur Karl Bader, aus Königsberg in Betracht kommt, der am 21. Dezember, also am Tage nach dem Mord, einen großen Teil der aus der Wohnung Oldenburg geräubten Sachen bei einem Königsberger Altbündler verkauf hat, wobei er äußerte, er verkaufe „den Nachschlag seiner Großmutter“. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 50 000 M. ausgesetzt.

Aus Ostdeutschland.

* Königsberg t. P. 10. Januar. Wie seinerzeit gemeldet, wurde am Abend des 20. Dezember die Bahnhofsistentin mitteilt. Oldenburg in ihrer Wohnung in Jüttendorf ermordet und beraubt aufgefunden. Jetzt ist nun festgestellt worden, daß als Verübler des Verbrechens der Monteur Karl Bader, aus Königsberg in Betracht kommt, der am 21. Dezember,

also am Tage nach dem Mord, einen großen Teil der aus der Wohnung Oldenburg geräubten Sachen bei einem Königsberger Altbündler verkauf hat, wobei er äußerte, er verkaufe „den Nachschlag seiner Großmutter“. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 50 000 M. ausgesetzt.

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹/₄—51³/₄

Der Dollar in Danzig 15 700

Die polnische Mark in Danzig. 51¹